

GEHEIMDIENSTE

Kalte Füße

Die Christdemokraten machten es wie die Eskimos: Sie nickten mit dem Kopf und sagten nein.

Einmütig wollten alle Bundestagsfraktionen die drei deutschen Geheimdienste unter ständige Kontrolle eines in der Verfassung verankerten Bundestagsausschusses aus fünf Parlamentariern stellen. Einmütig unterzeichneten sie einen entsprechenden interfraktionellen Antrag zur Änderung des Grundgesetzes. SPD-Jurist Martin Hirsch: „Es war allgemeines Kopfnicken und allgemeine Zustimmung.“

Als aber in der letzten Parlamentswoche dieser Legislaturperiode über Geheimdienst-Kontrolle abgestimmt wurde, verhinderte die CDU/CSU die



CDU-Parlamentarier Rasner
„Macht das da jetzt nicht“

erforderliche Zweidrittelmehrheit. Oppositionsführer Wolfgang Mischnick wunderte sich: „In dem Ausschuß, in dem diese Fragen beraten worden sind, waren doch die Fraktionsvorsitzenden und zwei stellvertretende Fraktionsvorsitzende aus den Koalitions-Fraktionen vertreten.“

Nun plötzlich hielt die CDU/CSU die Verankerung eines solchen Ausschusses im Grundgesetz „für nicht genügend ausdiskutiert“, so Fraktionseisenpeitscher Will Rasner.

Dieses Argument allerdings blieb dem sozialdemokratischen Koalitionspartner ebenso unverständlich wie der freidemokratischen Opposition, da der Vorschlag für einen besonderen Geheimdienstsausschuß seit Ende April vorlag und somit genug Zeit gewesen wäre, „alle Bedenken und alle zustimmenden Überlegungen ausreichend zu prüfen“ (Mischnick).

Der Vorschlag kam vom II. Untersuchungsausschuß, der Mitte November 1968 nach vorangegangenen Spionageaffären auf Drängen der Sozialdemokraten eingesetzt worden war.

Denn die drei Geheimdienste (Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischer Abschirmdienst) hatten erhebliche Organisationsmängel und Kompetenz-Konfusion gezeigt, als es so brisante Fälle aufzuklären galt wie

- ▷ den Diebstahl und Transport einer Bundeswehr - Sidewinder - Rakete nach Moskau;
- ▷ das Überwechseln der drei Naturwissenschaftler Breuer, Wieczorek und Petras in die DDR;
- ▷ den Selbstmord des Bundesnachrichtendienst-Vizechefs Horst Wendland;
- ▷ den tödlichen „Jagdunfall“ des spionageverdächtigen Flottillenadmirals Hermann Lüdke;
- ▷ die Selbstmorde eines Oberstleutnants und eines Regierungshauptsekretärs im Verteidigungsministerium, eines Regierungsdirektors und einer früheren Sekretärin im Bundeswirtschaftsministerium sowie einer Sachbearbeiterin im Bonner Presseamt.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß nannte „eine Reihe von Reformen unumgänglich“. So wünschte er, daß die Aufgabenbereiche aller Geheimdienstbehörden, „insbesondere diejenigen des militärischen Abschirmdienstes, so genau wie möglich definiert und voneinander abgegrenzt werden“, und daß eine Instanz benannt wird, die im Streitfall entscheidet, ob und wie zusammenzuarbeiten ist. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz solle ermöglicht werden, „auf die Führung von Spionageabwehroperationen entscheidenden Einfluß zu nehmen“. Überdies solle ein Ermittlungsorgan für den Generalbundesanwalt im gesamten Bundesgebiet „alle polizeilichen Aufgaben bei der Strafverfolgung in Staatsschutz- und Spionagesachen wahrnehmen“.

An dem bisherigen Vertrauensmänner-Gremium für Geheimdienstsaachen, dem die drei Fraktionschefs und drei Stellvertreter angehören, mißfiel dem Ausschuß, daß es „nur auf eine unerzwingbare Einladung des Bundeskanzlers“ zusammentreten kann. Der Kanzler-Kreis sollte daher durch einen ständigen Bundestagskontrollausschuß ersetzt werden, dem der Regierungsbeauftragte für Nachrichtendienste, Staatssekretär Karl Carstens, regelmäßig berichten müßte.

Als im Plenum über diesen Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses beraten wurde, hielten die Regierungsmitglieder ihre Bedenken noch zurück. Doch eine Woche später bremste das Kabinett die Pläne für den ständigen Kontrollsausschuß. Martin Hirsch: „Da muß der Kiesinger gekommen sein und gesagt haben: Um Gottes willen, macht das da jetzt nicht.“

Daß der Kanzler ein Veto gegen diese Kompetenz-Enteignung einlegte, schließt Hirsch auch aus einer Andeutung des CDU/CSU-Fraktionschefs Rainer Barzel, bis dahin Förderer des

Reform-Plans: „Ich wollte da keinen Ärger mit Kiesinger haben.“

Im Kabinett brachte außerdem CDU-Innenminister Ernst Benda, Herr über den Verfassungsschutz, die Befürchtung vor, daß eines Tages womöglich die NPD in diesem Kontrollsausschuß säße und so zum Mitwisser geheimster Dinge würde. Kiesinger machte sich diese Bedenken prompt zu eigen.

Auch den SPD-Justizminister Horst Ehmke plagte auf einmal Sorge, daß die Verfassung immer mehr zu einem Spezialgesetz werde, wenn in ihr nun auch noch ein Geheimdienstsausschuß verankert würde.

Als schließlich auch noch andere Minister verfassungsrechtliche Bedenken geltend machten, wurde der SPD-Jurist Hirsch stutzig: „Ich habe alle immer wieder gefragt, wo denn da solche verfassungsrechtlichen Bedenken sein



SPD-Jurist Hirsch
„Was da gemacht wird“

sollen, und da hat mir keiner was sagen können.“

Über die tatsächlichen Motive der Minister und der CDU kann der Sozialdemokrat nur spekulieren: „Ich habe den Eindruck, daß die Nachrichtendienste ihre Fühler zu den ihnen bekannten Ressortbeamten ausgestreckt und diese wiederum ihren Ministern ins Ohr geblasen haben: Was da gemacht wird, ist nicht ganz verfassungskonform. Wenn man einem Nichtjuristen sagt: Hören Sie mal, da gibt es verfassungsrechtliche Bedenken, dann kriegt er kalte Füße.“

Auch FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick kann sich die Motive „nur vorstellen: daß nämlich denen das Gremium genügt, das der Kanzler selbst einberuft“.

Wie Hirsch vermutet auch Mischnick Druck von unten auf die Kabinettsmitglieder, allerdings „weniger von den Nachrichtendiensten selbst als vielmehr von den Stellen, die für die Nachrichtendienste zuständig sind“. Denn, so Mischnick, „die Nachrichtendienste selbst wären vielleicht ganz

froh, wenn sie eine Stelle hätten, wo sie dann gelegentlich auch einmal ihre Meinung sagen könnten“.

Die Kölner Verfassungsschützer würden es tatsächlich begrüßen, statt gelegentlicher Befragung durch die Fraktionsspitzen einen ständigen Dialog mit sachverständigen Parlamentariern zu suchen. Weniger gelegen könnte dagegen eine ständige Kontrolle dem Pullacher Bundesnachrichtendienst kommen, der dem Kanzler untersteht, aber bisher ohne strenge Dienstaufsicht agiert.

Ebenso könnten auch den für Pullach zuständigen Bürokraten im Kanzleramt, den Kontakteuten für den Verfassungsschutz im Innenministerium und den Herrn über den militärischen Abschirmdienst im Verteidigungsministerium eine Aufsicht mißfallen.

SPD und FDP wollen dennoch nicht aufgeben. Hirsch: „Das kommt auf jeden Fall im Herbst wieder auf die Tagesordnung.“

KATHOLIKEN

Schwarze Schafe

Die geistlichen Herren der vier schwärzesten westdeutschen Bischofsstädte wollen so, wie Ulbricht will.

Paderborns Lorenz Kardinal Jaeger, Osnabrücks Bischof Helmut Hermann Wittler, Fuldas Adolf Bolte und Würzburgs Josef Stangl sind bereit, Walter Ulbrichts „Realitäten“ anzuerkennen und auf die Ausübung ihrer Rechte in ihren DDR-Diözesanbereichen Magdeburg, Schwerin, Erfurt und Meiningen (Thüringen) zu verzichten. Fortan sollen die DDR-Christen selbst für ihr Seelenheil sorgen.

Zu diesem Entschluß kamen die Eminenzen und Exzellenzen am 20. Juni während eines Geheimtreffs in West-Berlin, zu dem der Berliner Bischof Alfred Kardinal Bengsch seine vier Amtsbrüder und den apostolischen Nuntius in Bonn, Corrado Bafile, gebeten hatte.

Bengsch, der in Ost-Berlin residiert, aber freien Zugang nach West-Berlin hat, trug zunächst vor, daß die DDR-Geistlichen nur dann segensreich wirken könnten, wenn sie sich weiterhin mit dem DDR-Regime arrangieren.

Solche Appeasement-Politik hat sich für die mitteldeutschen Katholiken als nutzbringend erwiesen: So dürfen sie ihre 39 Krankenhäuser, 118 Altersheime, 113 Kinderheime und 300 Schwesternstationen zu durchweg besseren Bedingungen betreiben als die Protestanten ihre Institutionen und können ihre West-Mark-Spenden in Ost-Berlin besser als zum offiziellen 1:1-Kurs eintauschen.

Bengsch erklärte seinen Besuchern auch, daß vor allem die jüngeren Kleriker immer vehementer darauf drängten, die aus altem Kirchenrecht herrührenden Zuständigkeiten westdeutscher Hirten für ostdeutsche Schafe abzuschaffen.



Ost-Kardinal Bengsch
„Alles runterspielen ...“

Deshalb schlug der Kardinal vor, die vier Amtsbrüder sollten sich künftig nicht mehr selbst oder über ihre bischöflichen Kommissare um ihre östlichen Diözesanbereiche kümmern. Diese Aufgabe sollten apostolische Administratoren wahrnehmen, die der DDR-Oberhirte Kardinal Bengsch im Auftrage des Papstes unter den DDR-Seelsorgern auswählen würde.

Die Bischofs-Runde stimmte zu und vereinbarte, daß Nuntius Bafile den Heiligen Stuhl davon unterrichten und um Zustimmung bitten sollte.

Papst Pauls Einverständnis gilt als sicher; denn im Frühjahr 1967 hatte der Stellvertreter Gottes auf Erden bereits nach langem Ringen mit der CDU/CSU die gleiche Entscheidung für die polnisch verwalteten ehemaligen deutschen Gebiete getroffen.

Ehe sie auseinanderging, vereinbarte die Berliner Runde, ihre Übereinkunft erst nach der Bundestagswahl bekanntzumachen — aus Rücksicht auf die CDU/CSU.

Denn die Kirchenfürsten fürchteten, daß die von CDU-Chef Kiesinger als „Anerkennungspartei“ angegriffenen Frei- und Sozialdemokraten bei Wahlkampf-Diskussionen die Christdemokraten mit dem Hinweis matt setzen könnten, auch die katholische Kirche erkenne die DDR de facto an, indem sie zum Wohle ihrer Gläubigen in Ulbrichts Machtbereich auf überholte Rechtsansprüche verzichte.

Doch aus Sorge, daß die konservativen unter den übrigen 17 westdeutschen Bischöfen die Verzichtspolitik ihrer Kollegen insgeheim torpedieren könnten, ließen liberale Kleriker den Berliner Plan in Bonn durchsickern. Bei öffentlicher Diskussion, so glauben die Liberalen, können die Konservativen das Projekt nicht mehr zu Fall bringen.

Die Berliner Entscheidung ist der vierte Schlag der katholischen Hirten gegen ihre Bonner schwarzen Schafe in diesem Wahljahr:

▷ Im Mai hatten die Bischöfe bekanntgegeben, daß sie zu dieser Wahl erstmals keinen Hirtenbrief schreiben werden;

▷ im Vormonat hatte das Domkapitel in der CDU-Hochburg Münster den fortschrittlichen Weihbischof Heinrich Tenhumberg, der das katholische Büro in Bonn leitete und in SPD-Führungszirkeln als „Beichtvater Herbert Wehners“ apostrophiert wird, zum Bischof von Münster gewählt.

▷ als Tenhumberg-Nachfolger in Bonn wollen die Bischöfe gegen CDU-Interventionen wieder einen Progressiven wählen, den Sekretär der Bischofskonferenz, Monsignore Karl Forster, oder den Limburger Weihbischof Walter Kampe.

Auf die jüngste Katholiken-Aktion reagierten die Bonner Christdemokraten hilflos. Sie alarmierten lediglich Kirchen-Journalisten und baten sie: „Alles runterspielen, wenn es hochkommt.“



... wenn es hochkommt“: West-Kardinal Jaeger